

9 Gründe für ein Transparenzgesetz



Transparente Politik, transparente Verwaltung

Das Transparenzgesetz verpflichtet Senat und Behörden, für die Öffentlichkeit wichtige Informationen offenzulegen. Dazu gehören unter anderem Senatsbeschlüsse, geheime Verträge mit Unternehmen, Gutachten z.B. zur Wasserqualität oder Entwicklung von Grundstückspreisen sowie Daten zu Aufträgen der öffentlichen Hand. Die Verwaltung muss diese Informationen zentral und kostenlos auf einer Online-Plattform zugänglich machen.



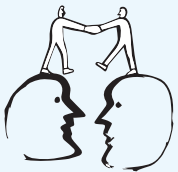
Kontrolle und echte Mitbestimmung

Eine aktive Veröffentlichung von Informationen hilft Bürgerinnen und Bürgern, Journalistinnen und Initiativen, frühzeitig Einblick in das Handeln von Politik und Verwaltung zu erhalten. Nur wer zum Beispiel weiß, wo es an Kita-Plätzen fehlt, kann etwas dagegen tun. Transparenz wirkt gegen Steuerververschwendung und Korruption. Milliarden-teure Desaster wie der BER-Flughafen und die Staatsoper zeigen, dass wir dringend mehr öffentliche Kontrolle brauchen!



Transparenz für Unternehmen des Landes

Das Land Berlin hält Beteiligungen an über 200 privaten Unternehmen, darunter die Flughäfen, Wohnungsunternehmen, Investmentfirmen und Krankenhäuser. Bisher gibt es keine öffentliche Kontrolle dieser Bereiche. Das ändern wir! Mit dem Transparenzgesetz müssen auch Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, wichtige Informationen offenlegen.



Lobbyismus unter die Lupe nehmen

Wer schreibt an Berliner Gesetzen mit? Mit dem Transparenzgesetz muss der Senat offenlegen, welche Organisationen und Lobbygruppen Einfluss auf Gesetze haben und mit welchen Interessenvertreterinnen sich der Senat trifft.



Alle Infos online an einem Ort

Wer Informationen der Berliner Behörden sucht, verliert sich schnell im Webseiten-Dschungel der Berliner Verwaltungen. Unser Gesetz legt fest, dass alle wichtigen Informationen auf einer Transparenz-Plattform veröffentlicht werden müssen. Eine Plattform, eine Suche. So einfach kann es sein.



Gebühren für Auskünfte abschaffen

Wer derzeit von Behörden Informationen erfragt, muss nach dem Gesetz dafür Gebühren zahlen. Sogar E-Mails von Behörden sind kostenpflichtig. Wir schaffen Gebühren für Auskünfte ab. Informationen des Staates müssen für alle zugänglich sein – nicht nur für Personen mit einem dicken Geldbeutel!



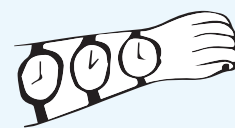
Ausnahmen werden zur Ausnahme

Zurzeit wird jede dritte Anfrage an Behörden abgelehnt. Dabei berufen sich die Behörden oft zu Unrecht auf Ausnahmen wie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen. Mit dem Transparenzgesetz wird das Recht der Bürgerinnen auf Information gestärkt. Behörden müssen dann häufiger Informationen herausgeben.



Förderung wirtschaftlicher Innovationen

An welcher Kreuzung gibt es die meisten Unfälle? In welchem Bezirk werden CO2-Grenzwerte überschritten? Wo ist der Lärmpegel besonders hoch? Die Verwaltung erhebt solche Daten, legt sie aber nicht offen. Dabei könnten die Bürgerinnen enorm von ihnen profitieren. Wissenschaftlerinnen, Aktivistinnen, Journalistinnen können die Daten auswerten und mit Apps und Plattformen die Gesellschaft informieren. So werden die mit Steuermitteln erzeugten Daten zum echten Gemeingut. Das volkswirtschaftliche Potenzial der offenen Daten liegt laut einschlägigen Studien alleine für Berlin bei 20 bis 50 Millionen Euro.



Effiziente Verwaltung

Wer profitiert am meisten von Transparenz? Die Behörden selbst. Das zeigen die Erfahrungen mit dem Transparenzgesetz in Hamburg. Wenn zentrale Informationen online einsehbar sind, sind sie auch für die Verwaltung einfacher zu finden. Das erleichtert behördeninterne Abläufe, erspart Abstimmungen und Mehrarbeit. Die Digitalisierung der Behörden wird vorangetrieben.